

Global Food Governance

Zwischen mächtigen Konzernen und verletzlicher Demokratie¹

Nora McKeon

Mit den Unruhen, die 2007/2008 infolge der Nahrungsmittelpreiskrise viele Hauptstädte rund um den Globus erschütterten, wurde auch die Existenz eines bedenklichen Governance-Vakuums offenbar. Die Vorschläge, die die internationale Gemeinschaft auf den Tisch brachte, um dieses Vakuum zu füllen, waren überwiegend administrativer Natur (wie die vom damaligen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon einberufene Hochrangige Arbeitsgruppe zur Globalen Ernährungssicherung) oder investitionsgesteuert (wie die von den G8 initiierte Globale Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährungssicherung). Die einzige Bemühung, mit politischen Maßnahmen bei den Ursachen der Nahrungsmittelpreiskrise anzusetzen, bestand in der Anregung, den Ausschuss für Welternährungssicherheit der Vereinten Nationen (UN Committee on World Food Security, CFS) zu reformieren. Mehrere G77-Länder sowie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) traten für diesen Vorschlag ein. Schließlich setzte sich die Lösung mit der Unterstützung einer Bewegung aus kleinen Erzeugern und Organisationen der Zivilgesellschaft durch. Diese hatte bereits während der Welternährungskonferenzen 1996 und 2003 mit ihrem Eintreten für „Ernährungssouveränität“ eine starke globale Interessenvertretung aufgebaut.

Der Reformprozess, der im Jahr 2009 eingeläutet wurde, machte aus dem CFS ein äußerst innovatives globales politisches Forum. So ist er in einem menschenrechtlichen Rahmen verankert und steht der uneingeschränkten Beteiligung von Organisationen offen, die die am stärksten von Ernährungsunsicherheit betroffenen Bevölkerungsgruppen repräsentieren. Dank dieser Eigenschaften könnte der CFS richtungsweisend für andere Globale-Governance-Institutionen sein. Seine Relevanz wird umso deutlicher vor dem Hintergrund, dass Ernährungssicherheit und damit verwandte Themen, wie der Zugang zu Land, Wasser und genetischen Ressourcen, das Herzstück globaler wirtschaftlicher und geopolitischer Machtsysteme bilden.

Der reformierte CFS hat sich im ersten Jahrzehnt seiner Tätigkeit als effektives Verhandlungsforum für fortschrittliche globale Leitlinien zu heiklen Themen, wie z. B. Landbesitz, bewährt. Darüber hinaus begann der Ausschuss, politische Debatten zu gestalten, die der Lebenswirklichkeit der Gemeinschaften Rechnung tragen, die von Ernährungsunsicherheit betroffen sind. Gerade diese Erfolge haben jedoch auch den Widerstand der Vertreter starker wirtschaftlicher Interessen angeregt, die die politische Bedeutung des Ausschusses nur zu gern untergraben würden. In der im Oktober 2018 anstehenden Plenartagung des CFS wird – anknüpfend an eine im Jahr 2017 erfolgte Evaluierung – auch über die Zukunft des Ausschusses debattiert werden. In diesem Zusammenhang könnte die Europäische Union für den CFS und seinen menschenrechtlichen Rahmen eintreten; ihre Standpunkte werden somit für den Ausgang der Debatte von Bedeutung sein. Dieser Beitrag gibt zunächst einen Überblick über die Hauptmerkmale des CFS. Anschließend wird beleuchtet, inwiefern sich die politischen Rahmenbedingungen in den Jahren nach der Reform geändert haben. Darüber hinaus werden die Herausforderungen analysiert, vor denen der Ausschuss im aktuellen Evaluierungsprozess steht. Abschließend folgt ein Aufruf an die Mitgliedsstaaten des CFS – insbesondere an die EU – dieses einzigartige politische Forum wertzuschätzen und zu stärken.

Der reformierte CFS: Eine innovative Vision von Global Governance

Die Vision des CFS ließe sich als die eines Raumes für inklusive politische Prozesse beschreiben. Der Stimme der am stärksten Betroffenen soll besonderes Gewicht verliehen werden. Als wei-

tere Ziele werden politische Kohärenz und eine stärkere Rechenschaftspflicht rund um das Recht auf Nahrung angestrebt [siehe Kasten]. Mit der Reform haben sich die einst verschlossenen Türen der Sitzungssäle in der Welt der Global Food Governance auch für diejenigen geöffnet, die tatsächlich Land bewirtschaften und Nahrung für die Weltbevölkerung produzieren.

Die Reform des CFS: Wesentliche Merkmale (CFS 2009)

- führende inklusive internationale und zwischenstaatliche UN-Plattform für Ernährungssicherheit und Ernährung;
- fördert die Verwirklichung des Rechts auf angemessene Ernährung;
- schafft politische Konvergenz durch das Verhandeln internationaler Strategien/freiwilliger Leitlinien und unterstützt deren Umsetzung;
- fördert die Rechenschaftspflicht und entwickelt einen innovativen, inklusiven Überwachungsmechanismus;
- schafft einen politischen Raum für die Kooperation verschiedener Akteursgruppen, in dem der Stimme der am stärksten von Ernährungsunsicherheit Betroffenen Priorität eingeräumt wird;
- die Entscheidungsverantwortung bleibt bei den Staaten, die somit zur Rechenschaft gezogen werden können;
- fünf weitere Kategorien von Organisationen, darunter die Zivilgesellschaft und der Privatsektor, tragen gleichberechtigt mit den Staaten zur Debatte bei; ihre Beziehungen zum CFS organisieren sie eigenständig;
- zur Unterstützung der politischen Arbeit des CFS wird eine Hochrangige Sachverständigengruppe eingesetzt, die die Sachkenntnis von Erzeugern und anderen Praktikern auf dem Gebiet anerkennt;
- fördert Verbindungen zwischen dem globalen CFS und inklusiven politischen Räumen auf Regionen- und Länderebene.

Seit der Verabschiedung des Reformdokuments hat der CFS auf dem Weg, diese innovative Vision umzusetzen, erhebliche Fortschritte verzeichnet. Dies ist zu einem großen Teil auch der Beteiligung der Zivilgesellschaft zu verdanken, die sich über einen eigens dafür geschaffenen Mechanismus des Ausschusses, den „Civil Society Mechanism“ (CSM), einbringen kann. Besonders erwähnenswert sind die im Jahr 2012 verabschiedeten Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Regelung der Nutzungs- und Besitzrechte an Land, Fischgründen und Wäldern. Diese Leitlinien, die nun auf der ganzen Welt an-

¹ Dieser Text erschien zuerst als Global Governance Spotlight 2|2018 der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:), Bonn.

gewendet werden, sind auf diesem sensiblen Themenfeld das erste Instrument, das global ausgehandelt wurde. Die Arbeit des CFS hat außerdem zahlreiche weitere Ergebnisse hervorgebracht, die den realen Gegebenheiten Rechnung tragen und damit dem bis dato vorherrschenden Narrativ entgegenreten, wie der Hunger am besten zu bekämpfen sei. So ist mittlerweile offiziell anerkannt, dass kleine Erzeuger für 70% der weltweiten Nahrungsmittelproduktion und für 90% aller Investitionen in die Landwirtschaft verantwortlich zeichnen. Damit dürfte die Aussage, dass industrielle Agrarwirtschaft das alleinige Erfolgsrezept zur Sicherung der Welternährung darstelle, ein für alle Mal widerlegt sein. Darüber hinaus gelangen 80% der weltweit produzierten Nahrungsmittel nicht etwa über formelle Wertschöpfungsketten und Einzelhandelsnetze an die Verbraucher, sondern über territorial verankerte Märkte. Letztere übernehmen weit mehr als nur eine ökonomische Funktion: Sie erleichtern Kleinbauern den Marktzugang und versorgen die Verbraucher mit Lebensmitteln. Der geschaffene Mehrwert verbleibt in der lokalen Wirtschaft, anstatt in den Taschen multinationaler Investoren zu verschwinden.

Veränderte politische Rahmenbedingungen

Mittlerweile sind die politischen Rahmenbedingungen deutlich schwieriger als zum Zeitpunkt der Reform. Die Macht der Konzerne in der Nahrungsmittelkette hat unvermindert zugenommen, und mit den Mega-Fusionen großer multinationaler Agrarunternehmen droht eine weitere Konzentration. Eine neue Triebkraft in diesem Prozess sind Datentechnologien, die z. B. Einzelhändler und Verbraucher auf eine ganz neue Art und Weise miteinander verbinden. Gleichzeitig werden im Zuge der Finanzialisierung Nahrung und Land zu Spekulationsobjekten. Allgemeiner gesprochen leben wir in einer Zeit, in der die repräsentative Demokratie angeklagt ist, sich an die Interessen des „oberen Prozents“ verkauft zu haben – darunter die Konzerne und Finanzspekulanten, die auf den Nahrungsmittelmärkten agieren. Die Reaktion auf diese Legitimitätskrise äußert sich allzu häufig in der Form von autoritärem Nationalismus, Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit. Zudem ist weltweit ein Trend hin zu schrumpfenden Handlungsspielräumen für die Zivilgesellschaft zu beobachten: Erst kürzlich wurde Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen die Teilnahme an der WTO-Ministerkonferenz in Argentinien verweigert. Mit diesem Phänomen geht auch ein offensichtlich verminderter Ehrgeiz einher, sich für die Menschenrechte einzusetzen – Angriffe gegen Menschenrechtsverteidiger und die Kriminalisierung sozialer Bewegungen nehmen vielerorts zu. Die Vorherrschaft und Legitimität des öffentlichen Sektors – der doch eigentlich ein Bollwerk gegen derartige Tendenzen sein sollte – wird bedroht durch das Vordringen der Konzerne in den politischen Raum und ein Narrativ von Entwicklung, das externen privaten Investoren eine führende Rolle zubilligt. In diesem veränderten Kontext wird die Verteidigung der Gründungsvision des reformierten CFS zunehmend schwieriger, aber auch umso notwendiger.

Herausforderungen im Zuge der Evaluierung von 2017/18

Eine externe Evaluierung der Arbeit der ersten Jahre des reformierten CFS hat zunächst die Relevanz des Ausschusses und seines Wirkens positiv hervorgehoben. Allerdings wurde auch angemerkt, dass der Ausschuss weltweit nicht sichtbar genug sei und die erarbeiteten Ergebnisse auf nationaler Ebene nicht hinreichend umgesetzt werden. Die Antworten des Ausschusses auf die Empfehlungen der Gutachter und ein Arbeitsplan für deren Umsetzung werden nun unter der Moderation Deutschlands und Chinas erörtert. Sie sollen auf der CFS-Plenartagung im Oktober 2018 vorgelegt werden. Die derzeitige Phase bietet also eine Gelegenheit, die Mission des Ausschusses erneut zu bekräftigen und seine Fähigkeiten zu stärken, diese auch zu erfüllen – oder aber sein politisches Gewicht zu untergraben. Die zentralen Fragen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Wer entscheidet? – Die Akteure

Seit 2009 erfreuen sich sogenannte „Multi-Stakeholder-Plattformen“ (MSP) wachsender Beliebtheit. In UN-Kreisen und rund um Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) besteht beachtliches Interesse am „CFS-Modell“. Der Teufel steckt jedoch im Detail – bzw. in diesem Fall in den Unterschieden. Bei den meisten MSP, wie z. B. Scaling Up Nutrition (SUN) oder der Globalen Allianz für verbesserte Ernährung (GAIN), werden die verschiedenen Kategorien von Beteiligten in einem Raum „zusammengewürfelt“ – ohne Unterscheidung hinsichtlich ihrer

Rollen, Verantwortlichkeiten und vertretenen Interessen und ohne Rücksicht auf etwaige Machtgefälle. Beim reformierten CFS hingegen liegt die Entscheidungsgewalt – und demzufolge auch die Rechenschaftspflicht – bei den Regierungen. Alle weiteren Beteiligten werden in klar voneinander getrennte Kategorien eingeordnet, wobei den am stärksten von Ernährungsunsicherheit Betroffenen Priorität eingeräumt wird. In der Menschenrechtsterminologie sind Letztere die „Rechteinhaber“. Die Regierungen sind die „Pflichtenträger“. Alle anderen Akteure sind „weitere Parteien“. Dies bedeutet nicht, dass jene nichts zu der Debatte beizutragen hätten. Doch die maßgebliche politische Verhandlung vollzieht sich zwischen denen, die für die Achtung ihrer Rechte kämpfen, und der öffentlichen Hand, die in der Pflicht steht, eben diese Rechte zu verteidigen und zu schützen. Die Eindeutigkeit dieser Vision wird allerdings von solchen Regierungen unter Beschuss genommen, die nicht zur Rechenschaft gezogen werden wollen. Sie wird auch bedroht von Akteuren aus der Unternehmenswelt, die den „Mechanismus des privaten Sektors“ für sich vereinnahmt haben und die kleinen und mittleren Privatwirtschaftlichen Akteure aus dem Globalen Süden dabei ausschließen. Sie wird weiterhin gefährdet durch opportunistische Vorschläge, transversale Kategorien zu schaffen, wie z. B. „Landwirte“, die reale Interessenunterschiede zwischen großen Agrarindustriunternehmen und kleinen Familienbetrieben unberücksichtigt lassen. Vor diesem Hintergrund sollte die Einführung strenger Maßnahmen Priorität haben, mit denen sich der CFS gegen unternehmerische Interessenkonflikte schützen kann.

Wie? – Der Prozess

Parallel dazu ist die Nutzung des CFS als Forum für politische Verhandlungen, die auch entsprechende Ergebnisse hervorbringen Angriffen derjenigen ausgesetzt, die technische und institutionelle Lösungen bevorzugen und meinen, dass Investitionen Vorrang vor öffentlichen Entscheidungsprozessen haben sollten. Dies zeigt sich in der Tendenz, die Gestaltung der Debatte und der Entscheidungsfindung von inklusiven Plenarsitzungen und Arbeitsgruppen zum Exekutivorgan und zum Sekretariat zu verlagern und lieber „Best Practices“ zu präsentieren als Politikergebnisse zu erzielen. Die USA, ein mächtiges Mitglied des CFS, bedienen sich in unangemessener Weise ihres Vetorechts, wenn ihrer Meinung nach eine „rote Linie“ überschritten ist. Die Suche nach dem Konsens wird dadurch entwertet, dass dieser um jeden Preis erreicht werden soll. Durch derartige Bemühungen werden jedoch Kontroversen im Keim erstickt, die in realen und bedeutsamen Unterschieden in Wahrnehmungen und Interessen begründet sind. Diese müssten zunächst anerkannt und anschließend verhandelt werden. Der Ruf nach einer „evidenzbasierten“ Politik kann sich in der Tat als ein unverzichtbares Werkzeug für legitime politische Entscheidungsfindung erweisen – aber eben auch als ihr Totengräber. Im heutigen CFS besteht das Risiko, dass diese Forderung rein „wissenschaftlich“, technisch und quantitativ ausgelegt wird, obwohl die Hochrangige Sachverständigengruppe und die Zusammensetzung des CFS an sich eigentlich dafür stehen, wie wichtig auch die qualitative Evidenz ist. Letztere fußt insbesondere auf der Lebenswirklichkeit der Menschen, die unter Ernährungsunsicherheit und der Verletzung ihrer Rechte leiden. Ein weiterer Schlüsselaspekt im Prozess des CFS ist natürlich die angemessene Finanzierung zur Umsetzung seines Arbeitsplans. Das Gesamtbudget des CFS für den Zeitraum 2018/2019 beläuft sich dabei auf die bescheidene Summe von 9.386.265 US-Dollar. Den Löwenanteil der Beiträge übernehmen dabei die in Rom ansässigen UN-Organisationen (indem sie die Mitarbeiter für das gemeinsame Sekretariat bereitstellen), die EU sowie einige vornehmlich europäische Mitgliedsstaaten. Es verbleibt ein Defizit von 4.215.211 US-Dollar. Das Unvermögen, das gesamte Budget aufzubringen, ist vielmehr ein politisches als ein finanzielles Thema. Damit öffnen sich allerdings Tür und Tor für einen geberorientierten Arbeitsplan, bei dem nur solche Themen auf der Agenda stehen, für die einzelne Geldgeber zu Investitionen bereit sind.

Was? – Der Inhalt

Die Gestaltung der Agenda CFS leidet somit zwangsläufig unter den Faktoren, die in den beiden vorhergehenden Abschnitten hervorgehoben wurden. Der „Civil Society Mechanism“ hat mehrere Jahre gebraucht, um auch die Agrarökologie auf die Agenda zu bringen. Eine Debatte über strittige Fragen, wie z. B. zur Ernährungssouveränität oder zum Einfluss der Nahrungsmittel- und Ernährungsthematik auf internationale Handelsabkommen,

gilt weiterhin als Tabu. Dabei ist es unerlässlich, dass der CFS gerade kontroverse Schlüsselthemen auf legitime und strategische Weise identifizieren kann, die dann von der Hochrangigen Sachverständigengruppe näher untersucht und im Ausschuss debattiert werden. Die Ergebnisse von Verhandlungen zu diesen Themen dürfen nicht in getrennten Abteilungen im Schwebezustand verbleiben, sondern müssen zu einem umfassenden, anwendbaren Instrument zusammengeführt werden. Im CFS-Reformdokument ist zu diesem Zweck die Entwicklung eines „Globalen Strategischen Rahmens“ vorgesehen. Gleichzeitig muss eine gewisse Flexibilität gewahrt werden, damit der Ausschuss auch auf neue Probleme reagieren kann. Der CFS wurde infolge einer Nahrungsmittelkrise reformiert. Seine Aufgabe muss es daher auch weiterhin sein, die humanitären Reaktionen der Vereinten Nationen auf anhaltende Krisen zu ergänzen, indem er sich um die Erforschung ihrer Ursachen bemüht und den politischen Willen aufbringt, die Probleme in Angriff zu nehmen.

Und nun? – Die Folgen

Die größte Herausforderung für den CFS besteht darin, die Nutzung und Anwendung seiner politischen Ergebnisse zu verbessern. Und zwar sowohl vertikal als auch horizontal, indem er auf andere globale politische Foren einwirkt, in denen Entscheidungen gefällt werden, die für die Ernährungssicherheit von Belang sind. Im Rahmen des Evaluierungsprozesses wird eine Reihe von Vorschlägen erörtert, die in diese Richtung gehen. Sie benötigen die tatkräftige Unterstützung der in Rom ansässigen UN-Organisationen – d. h. der FAO, des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und des Welternährungsprogramms (WFP) – die bisher allenfalls verhalten ist. Von größter Bedeutung ist auch die erfolgreiche Umsetzung der Aufgabe, die im CFS-Reformdokument folgendermaßen bestimmt ist: Förderung der Rechenschaftspflicht durch die Entwicklung eines innovativen, inklusiven Überwachungsmechanismus, der nationale und globale Überwachungsaktivitäten miteinander verbindet und anhand dessen nachvollzogen werden kann, wie und mit welchem Erfolg die Politikergebnisse des CFS umgesetzt werden. Diese Überwachungsfunktion ist unverzichtbar, um die Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, aber auch, um aus Erfahrungen zu lernen und den konstanten Austausch von Feedback zwischen Lebenswirklichkeit und Global Governance sicherzustellen, der so dringend benötigt wird.

Fazit

Der CFS ist ein einzigartiges politisches Forum, das sich um eine Global Governance bemüht, die im Sinne einer rechteorientierten Politikkohärenz funktioniert. Dabei werden die Stimmen und Lebenswirklichkeiten der Menschen besonders berücksichtigt, die von den zur Diskussion stehenden Entscheidungen am stärksten betroffen sind. In diesem Zusammenhang sind „streitlustige“ Organisationen der Zivilgesellschaft ironischerweise die besten Verbündeten der Regierungen und Nationalstaaten. Denn die Vision, für die sie eintreten, basiert auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie – und ist die beste Verteidigung gegen giftigen nationalistischen Populismus oder die Marginalisierung von Staaten durch ungezügelter unternehmerische und finanzielle Betriebsamkeit. Es liegt daher im Interesse demokratischer Regierungen sicherzustellen, dass sie von den sozialen Bewegungen auch weiterhin als Partner wahrgenommen werden, die sich für ihre Arbeit auf allen Ebenen einsetzen. Deutschland kommt hierbei eine besondere Verantwortung zu, denn seine Demokratie und Wirtschaft sind relativ gefestigt; zudem ist das Land einer der Moderatoren des CFS-Evaluierungsprozesses. Die Tatsache, dass es sich bei dem CFS um ein Forum der „weichen Politik“ handelt, dessen Ergebnisse auf Freiwilligkeit basieren, stärkt seine Möglichkeiten, auch visionär zu sein. Die Regierungen können es sich gewissermaßen „leisten“, dass der CFS seinen beispiellosen komparativen Vorteil nutzt, um politischen Bestrebungen auf dem Gebiet der Ernährungssicherheit eine normative und paradigmatische Form zu geben. Und sie können dabei helfen, Governance-Systeme aus der ökologischen, sozialen, politischen und ökonomischen Zwickmühle zu befreien, in der sie heute oftmals feststecken. Die Zivilgesellschaft wird den CFS mit Sicherheit verteidigen. Doch die Zukunft des Ausschusses wird maßgeblich von Regierungen abhängen, denen daran gelegen ist, die Würde und Legitimität des zwischenstaatlichen Verfahrens zu bewahren.

Nora McKeon | Fakultätsmitglied des International University College Turin und Dozentin an der Universität Rom III

Die Macht der Agrarlobby in Brüssel

Nina Katzemich, Miriam Leue

Seit 2005 bringen LobbyControl und Corporate Europe Observatory den Lobbyplanet Brüssel heraus. Der Stadtführer durch das Brüsseler EU-Viertel erklärt den LeserInnen kompakt, wie Lobbyarbeit in der EU funktioniert und stellt ihnen die wichtigsten Akteure vor. Jetzt ist er in einer neuen Auflage erschienen – und zeigt den massiven Einfluss, den die Vertreter der Agrarindustrie in Brüssel haben.

Wirtschaftlicher, industrieller, Quantität statt Qualität – so lässt sich größtenteils die Entwicklung der europäischen Landwirtschaft über die letzten Jahrzehnte beschreiben. Ein Großteil der Agrargesetzgebung wird dabei durch EU-Regelungen vordefiniert. Die zuständige EU-Behörde, die Generaldirektion Landwirtschaft, verwaltet den größten EU-Haushaltsposten, die Gemeinsame Agrarpolitik – und das mit nur 1.000 MitarbeiterInnen. Um diesen Mangel an eigenen Ressourcen und Expertise auszugleichen, greift die Generaldirektion nur zu gerne auf das Fachwissen zurück, das Unternehmen, Verbände und Agenturen bereitwillig und „kostenlos“ zur Verfügung stellen. Die Generaldirektion Landwirtschaft ist somit ein beliebtes Einfallstor für LobbyistInnen, um informell Einfluss auf Europas Agrarpolitik zu nehmen.

Nicht nur die Landwirtschaftspolitik ist eine beliebte Zielscheibe für Lobbyismus. In Brüssel nehmen Schätzungen zufolge 25.000 LobbyistInnen informellen Einfluss auf zentrale Politikfelder wie Finanzen, Wirtschaft oder Ernährung. Brüssel ist damit nach Washington die zweitgrößte Lobby-Hauptstadt weltweit. Aber was ist eigentlich das Problem dabei, wenn Unternehmen und andere Akteure politische Prozesse beeinflussen?

Das Hauptproblem liegt nach Meinung von LobbyControl bei der ungleichen Verteilung des Einflusses: LobbyistInnen des Unternehmenssektors haben sehr häufig einen privilegierten Zugang zu Brüsseler EntscheidungsträgerInnen. Ein Beispiel aus

der Landwirtschaftspolitik: Wir haben die Lobbytreffen der EU-Kommissarinnen und -Kommissare zwischen Dezember 2014 und April 2017 ausgewertet – darüber gibt es bei der EU-Kommission Transparenz, ein deutlicher Vorsprung übrigens gegenüber der Bundesregierung: Von 104 Treffen des Agrarkommissars Phil Hogan fanden 75 Prozent mit VertreterInnen von Unternehmen und deren Verbänden statt. Die meisten Lobbytreffen hatte er mit der Irish Farmers' Association – das überrascht nicht wirklich, ist Hogan doch selbst Ire. An zweiter Stelle kommt die Vereinigung der polnischen Schweinezüchter- und Produzenten.

Ein Grund für diese privilegierten Zugänge liegt in den deutlich größeren Ressourcen, über die LobbyistInnen für finanzstarke Unternehmen und Verbände verfügen. Akteure, die sich für Umweltschutz, Gesundheit und einen Erhalt der traditionellen Landwirtschaft einsetzen, sind ihnen gegenüber klar in der Unterzahl.

Der LobbyPlanet Brüssel nimmt Sie mit auf eine Tour durch das EU-Viertel, zeigt Ihnen die wichtigsten Akteure, ihre Treffpunkte und Themen und Strategien.

Da wäre zum Beispiel der europäische Dachverband der Landwirtschaft, die COPA-COGECA. Sie ist die größte Lobbygruppe der industriellen Landwirtschaft und dominiert häufig die Beratungsgruppen der EU-Kommission. Solche Gruppen rich-

tet die Kommission vor allem dann ein, wenn neue Richtlinien und Verordnungen erstellt werden sollen. Seit Jahren kritisiert LobbyControl, dass in diesen Expertengruppen die Unternehmen massiv vertreten sind, die eigentlich reguliert werden sollen. Sie können damit schon frühzeitig ihre Interessen in die Gesetzgebung einbringen. 2015 offenbarte die COPA-COGECA wieder einmal ihren massiven Einfluss und vereitelte eine Obergrenze für Gasemissionen aus der Tierhaltung.

Ein unverzichtbarer Helfer der industriellen Landwirtschaft ist die Chemieindustrie. BASF, der weltweit größte Chemieproduzent mit einem Jahresumsatz von 70 Milliarden Euro, ist strategisch in allen bedeutenden Lobbyverbänden und Netzwerken auf seinem Gebiet eingebunden. Gemeinsam mit dem Verband der Europäischen Chemischen Industrie (CEFIC) und dem Deutschen Verband der Chemischen Industrie (VCI) leitete BASF eine Kampagne gegen die europäischen Chemikalienrichtlinie REACH.

Ein weiterer Verbündeter der industriellen Landwirtschaft ist die Lebensmittelbranche. Von Coca-Cola bis Nestlé, von Danone bis Kellogg's – sie alle sind Mitglieder des Wirtschaftsverbandes FoodDrink Europe. Ihre Lobbyarbeit lässt sich die die mächtigen

Stimme der Lebensmittelindustrie gern etwas kosten. Circa eine Milliarde gab FoodDrink Europe aus, um eine verpflichtende Ampelkennzeichnung von Lebensmitteln zu verhindern.

Letzten Endes sind es mehr als eine halbe Milliarde EU-BürgerInnen, die mit den Auswirkungen des Lobbyismus auf die Qualität ihrer Lebensmittel, ihrer Gesundheit und der Landwirtschaft leben müssen. Nur eine informierte und aktive Zivilgesellschaft kann eine Bereitschaft zu grundlegenden Änderungen hervorrufen. Auch dazu wollen wir mit dem Lobbyplanet einen Beitrag leisten.

Sie können sich mit dem Lobbyplanet selbst auf Tour durch das Brüsseler EU-Viertel begeben. Der Stadtführer bietet Ihnen verschiedene Touren an – darunter auch eine auf den Spuren der Agrarlobby.

Der LobbyPlanet Brüssel kann für 8 Euro auf der Homepage von LobbyControl bestellt werden:

<https://www.lobbycontrol.de/produkt/lobby-planet-bruessel/>

Liebe Leserinnen und Leser,

viele politische Abkommen werden hinter verschlossenen Türen verhandelt und entschieden, oftmals ohne oder mit nur unzureichender Beteiligung der betroffenen Personenkreise. Im April wird die Entscheidung der Europäischen Kommission über die Fusion von Bayer und Monsanto erwartet, die wohl nach Erfüllung einiger Auflagen durch Bayer, positiv sein wird. Verhandelt werden zurzeit auch weitere Handelsabkommen zwischen der EU und Mercosur (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay), Mexiko, Japan, Vietnam und Indonesien. All diese Verhandlungen können in Abkommen enden, die Folgen für den Umwelt- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Ernährung sowie demokratische Prozesse nach sich ziehen.

Mit diesem Agrar Info wollen wir den nicht überall bekannten Ausschuss für Welternährungssicherheit der Vereinten Nationen (UN Committee on World Food Security, CFS) als ein politisches Forum hervorheben, das es geschafft hat, die Verhandlungstüren, für diejenigen zu öffnen, die tatsächlich Land bewirtschaften und Nahrung für die Weltbevölkerung produzieren. Dies sollte wegweisend für andere globale Institutionen und politische Verhandlungen sein. Wie der Artikel zeigt, muss der CFS jedoch sichtbar werden und seine Ergebnisse auf nationaler Ebene besser umgesetzt werden.

Wir finden diese Beteiligung ist absolut notwendig und gehört zudem zu den im Saatgutvertrag der FAO festgeschriebenen Farmers' Rights. Zu den Farmer Rights und deren Umsetzung wird es demnächst ein Papier der Agrar Koordination geben.

Am 30.05.2018 laden wir Sie herzlich zu unserer Veranstaltung „Welches Wachstum ernährt die Welt?“ an der Leuphana Universität Lüneburg ein. Weitere Infos und Anmeldung unter www.agrarkoordination.de Mit herzlichen Grüßen. *Das Team der Agrar Koordination.*

Welches Wachstum ernährt die Welt?

Vorträge und Workshop

30.Mai 2018, Leuphana Universität Lüneburg, 10 – 17 Uhr

Vorträge und Diskussion zu den Themen:

- „Kann Bio Deutschland und die Welt ernähren?“, Axel Wirz, Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) Deutschland
- *Welches Wachstum fördern Handelsabkommen?*, Kerstin Lanje, Misereor und Mireille Remesch, Agrar Koordination
- *Die Konzernmacht wächst, was bedeutet das für unsere Ernährung?*, Jutta Sundermann, Aktion Agrar

Im Anschluss Workshops und Diskussion der Ergebnisse.

Anmeldung für die Veranstaltung unter:
www.agrarkoordination.de

Buchbesprechung

Bildatlas Samen

Von Michael Dachler

DLG Verlag ISBN 97 83 76900 0845 6, € 69,90

Dies ist ein Buch für Spezialisten und Menschen, die einmal genau hinschauen wollen. Auf über 500 Seiten präsentieren sich Nahaufnahmen aller möglichen Samen der gemäßigten Klimagebiete. Salat, Stechapfel, Fenchel, Steinklee: Wer weiß schon wie diese Samen aussehen? Dazu gibt es Informationen zu Fruchtfolge, Saattermin, Giftigkeit, 1000 Korngewicht, Größe usw. Auch in diesen Fotos spiegelt sich die wunderbare Vielfalt aus einer Perspektive, die man sonst nie hat. Das macht irgendwie Spaß, aber hat seinen Preis.

Empfohlen für alle Samenfreunde und -freundinnen und EntdeckerInnen.

Ich finde die Agrar Koordination gut, weil...

... sie komplexe Themen und Zusammenhänge an der Schnittstelle zwischen Landwirtschaft und Entwicklungspolitik interessant für die Öffentlichkeit aufbereiten. So diskutieren über das Bildungsprojekt Biopoli bundesweit Jugendliche und junge Erwachsene über die sehr wichtigen Fragen: Welche Auswirkungen hat unsere Art der Landwirtschaft, befördert von Agrarpolitik und Ernährungswirtschaft, weltweit? Welche anderen Möglichkeiten zur Ausrichtung unseres Konsumverhaltens und zur Entwicklung der Landwirtschaft gibt und gäbe es, um Ernährungssouveränität weltweit umzusetzen?

Christine Weissenberg, Redakteurin der Unabhängigen Bauernstimme, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Impressum

6 Ausgaben im Jahr kosten € 10,80 für die E-Mailausgabe und 16,80 für die Druckausgabe (Lastschrift) inklusive Porto für den Versand im Inland. Für ein Auslandsabo stellen wir das erhöhte Porto in Rechnung.

Herausgeber: Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig). Spendenquittungen werden ausgestellt.

Redaktion: Agrar Koordination, Mireille Remesch, Nernstweg 32, 22765 Hamburg,

Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

Bankverbindung: Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank IBAN: DE29 4306 0967 2029 5635 00

Druck: Druckwelten Hamburg, 100 % recycling Papier

ISBN: 978-3-9813497-2-6

